

Winnos nicht nur Geschäftsmann ist, sondern auch Politiker und seine politischen Auffassungen mit seinen geschäftlichen bezieht.

Prager Brief.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Prag, den 7. September 1922.

Das schlechte Gewissen der Tschechen in der Frage der Wiedervereinigung, die prinzipielle deutschösterreichische Angelegenheit und die noch heimlicheren Bestrebungen Italiens, Deutschösterreich in sein Reich zu bekommen, lassen die Tschechen von Genuß nicht viel erhoffen. Tschechische Blätter verweisen darauf, daß insbesondere die Politik des Vatikans tschechenfeindlich eingestellt sei. Sehr ungemütlich wird es den Tschechen bei dem Gedanken, Deutschösterreich könnte in irgend eine nähere Verbindung mit Italien kommen. Dadurch würde die Tschechoslowakei von ihrem Bundesgenossen Jugoslawien abgetrennt werden. Man hofft noch, die Tschechoslowakei werde sich mit Italien über Deutschösterreich verständigen können. Italien solle die Generalaufficht, die Tschechoslowakei die Finanzkontrolle über Deutschösterreich bekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Hoffnungen frumme Wünsche bleiben. Vor kurzem wurde das Bündnis mit Jugoslawien befestigt. Man hat davon viel Aufhebens gemacht. Aber wozu ein Bündnis mit Jugoslawien, wenn die kleine Entente nicht nur Jugoslawien, sondern auch Rumänien und Polen umfaßt? Dieses so stark umfrittene Bündnis beweist nur, daß es mit der kleinen Entente hapert. Gerade dieses Bündnis aber löst die Tschechoslowakei alle Sympathien Italiens. Italien betrachtet Jugoslawien als seinen Feind. Welche Gefühle soll aber Italien dann dem Bundesgenossen dieses seines Feindes entgegenbringen.

Der Marktzug bedeutet eine Katastrophe nicht nur für Deutschland. Die Tschechoslowakei ist davon nicht minder betroffen. Nicht nur eine zu schlechte, sondern auch eine zu gute Valuta kann ein Verhängnis sein. Ueber ein Jahr dauert die Wirtschaftskrise in diesem Lande an. Sie nimmt nicht ab, sondern verschärft sich von Tag zu Tag. In Hohenelbe wurden die Betriebskosten um 1000 Arbeiter entlassen. Von acht Hochöfen sind nur zwei im Betrieb, und von denen soll auch noch einer geschlossen werden. Das Eisenwerk in Tschynitz ist eingestellt, die Sodafabrik in Gruscha steht vor der Einstellung. Die Kohlen- und Kalksteine hält an. Und das alles sind die Meldungen aus einem kleinen Wirtschaftsgebiet. Über noch andere Unannehmlichkeiten zeitigte der hohe Stand der Tschechenkrone. Tschechen überfüllten die Ostsee und die Alpen. Die heimischen Orte hatten tote Saison. Aber nicht nur das! Die Tschechen durchbrachen die nationale Disziplin. Die Verlodungen eines billigen Einkaufs in Deutschland und Deutschösterreich waren zu groß. Der Teufel der Währungsparität verführte die tschechische Seele, indem er ihr die Herrlichkeiten der Kaufhäuser reichsdeutscher und deutschösterreichischer Städte vom goldenen Gipfel der Tschechenkrone aus zeigte; und siehe, die tschechische Seele erlag der Versuchung, und die Herren und Damen des tschechischen Staatsvolkes, die in das Ausland reisten, pfliffen auf das Souf demu und ocken sich gehörig ein. Dagegen waren die Finanzgeberberufe an den Grenzstationen bei aller Brutalität machtlos. Das Nachsehen hatten aber die heimischen Kaufleute. Zur Industriekrise gesellte sich die Handelskrise.

In diese Zeit, da sonst fast niemand in der Tschechoslowakei kauft, fällt die Prager Messe. Den Namen Messe führt sie zu Unrecht. Es sind keine Kaufübden für Kaufstücker, denn deren gibt es keine, sondern nur Schaubuden für Schaustücker. Das Schaubepräge ist daher auch vorherrschend. Nicht der Geist des Kaufmannes, sondern des Politikers beherrscht die Messe. Die Begleiter zur Messe sind in französischer, tschechischer, englischer, italienischer und polnischer Sprache abgefaßt, nur nicht in deutscher. An der Eingangsporte wehen die Fahnen der verschiedenen Staaten, darunter von Argentinien, China, Japan, nur die reichsdeutsche Fahne ist nicht gehißt. So will man auch auf der Prager Messe zeigen, wie sehr man das Deutsche Reich, wie sehr man alles Deutsche mißachtet. Wenn der Adler krank ist, können sogar die Wäden seiner spotten. Den Tschechen dürfte diese Mißachtung alles Deutschen einmal teuer zu stehen kommen.

Oben fanden die Präsidentenmandover in Sedlitz statt. Die tschechische nationale Presse brachte Kriegsberichte, sie hatte eigene Kriegsberichterstattung entfaßt. Der Präsident beglückwünschte die Armeeführer, Staatsfaisch beglückwünschte Adrjal. Es gab Festreden, Bankette, Blasmusiken. Die es nicht einmal, die große Entente und ihre Gartrapan seien ausgerückt, den preussischen Militarismus verschwinden zu machen? Und heute ist die Tschechoslowakei ein stärkerer Militärstaat, als es das Reich Friedrichs des Großen je war.

Die Bohemia veröffentlicht das Memoire 11, wonach die Tschechoslowakei (sch, Welperl und Friedland an Deutschland abtreten wollte, um dafür 17 deutsche Ortshaften einzutauschen, darunter Krummhubel, Schmiedeberg und die durch Gerhart Hauptmann berühmt gewordenen Orte Schreibeberg und Agnetendorf. Allerdings war es nicht die Sehnsucht nach dem großen deutschen Dichter, die Dr. Beneck dies fordern ließ, sondern der Wunsch nach einer besseren Militärgrenze. Ein weiterer Beweis für die Friedfertigkeit der Tschechoslowakei!

Kleine politische Meldungen.

Die große Konferenz zur Regelung der Reparationsfragen soll, wie jetzt festzulegen scheint, im Dezember in Brüssel zusammenkommen. Obwohl Woincare, der jede vernünftige Regelung bisher sabotiert hat, diesmal auf dem Zusammentritt

bedingt, muß man dem Ergebnis auch froh sein, der 19. Konferenz ist dem Friedensschluß, mit großen Optimismus entgegenzusehen.

Reform der deutschen Währung. Wie wir von maßgebender Seite hören, plant der Reichsfinanzminister einen Entwurf zur umfassenden Reform der gesamten deutschen Währung ausgearbeitet. Die Vorarbeiten zu diesem Entwurf sind bereits im Gange, der Plan kann jedoch erst dann veröffentlicht werden, wenn die Diskussion des Auslandes mit Erfolg durchgeführt worden ist.

Der Reichsdollarschwemmel in Bayern. In München scheinen die Reichsdollarschwemmel noch immer nicht Ruhe geben zu wollen. Die halbamtliche Bayerische Staatszeitung ließ sich wiederum genötigt, sie vor den Wutigen zu warnen. Der Artikel schließt mit den beruhigendsten Worten, daß unter dem Druck des Versailles die Staatsform nicht, die Staatskunst alles ist. Ob die bayerische Regierung sich nicht entschließen kann, energisch gegen die meist fremden Unruhestifter vorzugehen, werden die Drahtzieher der Bewegung von weiteren Vorhaben der Unruhestiftung nicht ablassen.

Gezweifelter Preisabbau ist unter dem Druck von Straßenunruhen und Änderungen von der Arbeiterchaft Hamburgs gefordert und von der Stadtverwaltung beschlossen worden. Die Preise für Lebensmittel, für Textil- und Lebensmittel um 20 Prozent herabgesetzt werden. Darauf gab es einen Hamsterversturm auf Lebensmittel und in wenigen Stunden alle Läden ausraubte. Nun ist Hamburg völlig von Lebensmitteln entblüht und die Gewerkschaften haben die Kaufmannschaft um neue Besprechungen bitten müssen mit dem Ergebnis, daß von jetzt ab wenigstens zu den Bestehungspreisen verkauft werden soll.

Ein Verbraucher-ausschuß. In Dortmund ist in einer Versammlung, in der die Gewerkschaften aller Richtungen, die Konsumgenossenschaften und die westfälischen Handelskammern vertreten waren, gegen die Stimmen der Handelsvertreter ein sechzehnjähriger Verbraucheraussschuß gegründet worden. Seine Aufgabe besteht darin, die Interessen der Konsumenten gegenüber den Produzenten und dem Handel wahrzunehmen, er soll aus Vertretern der Gewerkschaften, der Beamtenschaft und der Gemeinden zusammengesetzt werden. Die Gründung eines solchen Ausschusses kann sich als sehr nützlich erweisen, wenn er unter Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten der Erzeuger und des Handels den nur all zu zahlreichen Verhören der Ueberteuerung entgegentritt.

An den deutschen Kohlenlieferungen nimmt auch Italien teil. Während Deutschland selbst nicht weiß, wie es seinen Bedarf für den Hausbrand und die Industrie decken soll, muß es dem Auslande unverhältnismäßig hohe Mengen liefern. Italien kann wahrlich nicht behaupten, daß es von Deutschland überfallen worden sei und deswegen einen Anspruch auf Wiedergutmachung erheben könne.

Abbau des Achtkundentages. Beim letzten deutschen Schiffsahrtstreik spielte die Forderung der Einführung des Achtkundentages eine hervorragende Rolle. Man verteilte sich dabei vor allem auf Frankreich, wo man den Achtkundentag bei der Handelsflotte bereits habe. Jetzt hat der französische Ministerrat kurz vor dem Verhandlungsweg den Achtkundentag im staatlichen Eisenbahndienst und in der Handelsflotte in einen zwölfstündigen Arbeits- und Bereitschaftstag umgewandelt. Man erhebt daraus u. a. die Dynamik der französischen Sozialisten und Gewerkschaften.

Ein Attentat auf Willeram. Wie die Pariser Abendblätter melden, hat Freitag mittag um 11 Uhr vor dem Eisee ein junger Mensch einen Brief an den Präsidenten Willeram abgegeben und gleich darauf einen Revolver schuß abgegeben, ohne jedoch jemand zu treffen. Bei seiner Vernehmung erklärte er dem Intransigant zufolge, daß er aus Kairo gekommen sei, um hier seine Studien fortzusetzen. Der Verhaftete ist serbischer Untertan und heißt Georg Salem.

Verwicklung Englands in den griechisch-türkischen Krieg. Der über Erwarteten große Sieg der Türken über die Griechen wirkt sich jetzt auch gegen die Engländer aus. Englische Truppen sind in Mesopotamien angegriffen worden. Allerdings liegen keine Anzeichen vor, daß die Regierung von Vngora an den Aufständigen beistellt ist. Nach dem Beschluß des Londoner Ministerrates will England Konstantinopel auf jeden Fall, ebenso wie die Meerengen gegen alle Angriffe verteidigen, da es sich auf den Standpunkt stellt, daß der europäische Weltstand der Türkei allein zwischen den Mächten geregelt werden muß.

Austritt aus dem Völkerverbund. Der Völkerverbund beschäftigte sich mit der Frage, auf welche Weise er seine überaus hohen Ausgaben herunterbringen könne. Wie wichtig Ersparnisse sind, zeigt sich darin, daß die Republik Rietragu a bereits aus dem Völkerverbund ausgetreten ist, weil sie dessen Kosten nicht weiter tragen kann.

Von Stadt und Land.

Ans, 9. September 1922.

Zur bevorstehenden Auflösung des sächsischen Landtags

äußert sich Ministerpräsident Buch in der Sächsischen Staatszeitung. Wir entnehmen den Darlegungen des Ministerpräsidenten folgendes: Bei den parlamentarischen Angriffen gegen die Regierung, aber auch, bei den in der Presse gegen sie gerichteten, wird häufig, und wohl nicht selten absichtlich, die Abhängigkeit der sächsischen Politik von der Reichspolitik und der Zusammenhang beider verkannt. Gerade die sächsische Regierung ist bestrebt gewesen, ihre Maßnahmen mit der Reichsverfassung und den Maßnahmen der Reichsregierung in Einklang zu halten. Da es in der Reichspolitik zu Verzögerungen von Maßnahmen gekommen ist, die von der sächsischen Regierung dringend gewünscht und erwartet wurden, mußte dies häufig auch für die Handlungsfreiheit der sächsischen Regierung hindernde Folgen haben. Trotzdem ist in den letzten beiden Jahren viel geschaffen worden. Es ist im Rahmen dieser Ausführungen nicht möglich, die Einzelheiten aufzuzählen. Das Verdende stößt sich in dieser Gärungszeit naturgemäß unabweislich mit dem Vergessenden. Das die Entwicklung von den Vertretern der alten Auffassung auf jede Weise bekämpft wird, liegt in der Natur der Sache. Die Regierung konnte aber darin nur eine Veranlassung sehen, an ihrem Standpunkt festzuhalten, indem sie ihr Programm nach Möglichkeit durchzuführen verfuhrte. Während der ganzen Zeit ihres Bestehens hat sich die jetzige Regierung in Abwehrstellung befunden und zwar nicht nur gegen rechts, sondern auch gegen den linken Flügel der sozialistischen Mehrheit. Die nunmehr bevorstehende Auflösung des Landtages und die Neuwahlen werden die politischen Parteien in scharfer Kampfstimmung aufeinanderlassen. Es wird versucht werden, in einem, wenn auch hartnäckigen und schweren Wahlkampf, der Regierung eine hoffentlich so sichere Mehrheit zu schaffen, daß die weitgreifenden Pläne, die im Interesse der gesunden Weiterentwicklung der sächsischen Verhältnisse, verwirklicht werden müssen, in

einer ruhigeren und durch parlamentarische Schwierigkeiten weniger gehöhren Weise bearbeitet werden können.

Die künftige Wiese in Kus. Die betlichen Bestimmungen, die für Kus zur Ausführung des Reichsmietengesetzes beschaffen sind, können noch nicht veröffentlicht werden, da vor ihrer Inkraftsetzung die Entscheidung der Preisoberaufsichtskommission auf zwei gegen die Bestimmungen erhobene Beschwerden abgewartet werden muß. Wohl aber offenbar ein lebhaftes Interesse an dieser Angelegenheit besteht, sei das Wesentlichste aus den betreffenden Bestimmungen vorläufig bekannt gegeben. Als Grundmiete gilt der Mietbetrag, der am 1. Juli 1914 gültig war, abzüglich eines Betrages von 10 Prozent für Wertschwund- und Instandhaltungskosten. Zu dieser Grundmiete treten folgende Aufschläge:

- 20 Prozent für den Hausdienst,
- 10 Prozent für Betriebskosten der Gebäude mit höchstens acht selbständigen Wohnungen,
- 150 Prozent für größere Gebäude,
- ferner für laufende Instandhaltung Aufschläge von 50 bis 100 Prozent je nach dem Alter des Mietshauses;
- endlich 75 Prozent für große Instandhaltungsarbeiten.

Die Steinlohnbestimmung in Sachsen ist im April um 68 000, im Mai um 12 000, im Juni um 71 000 und im Juli um 64 000 Tonnen gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres zurückgegangen. Auch die sächsische Braunkohlenförderung ist stark hinter dem Bedarf zurückgeblieben. Im Juli ergab sich bereits ein Fehlbetrag von 214 000 Tonnen.

D. R. Anerkennungsurlaube. Den bei der Firma Carl Hoffmann, Maschinenfabrik, in Kus i. G., beschäftigten Betriebsleiter Julius Anton Tuppitz und Kalkulator Wilhelm Louis Müller sind anlässlich ihrer 40jährigen bzw. 35jährigen Tätigkeit bei der genannten Firma von der Handelskammer Sächsischer Anerkennungsurlaube verliehen worden, die den Genannten durch das Kammermitglied, Direktor Wilhelm Schlabing in Kus, namens der Kammer ausgehändigt worden sind.

Ein merkwürdiges Verlangen. Der Verband der deutschen Zuderindustriellen und des Zuder Großhandels trat in Berlin zu einer nichtöffentlichen Besprechung zusammen. Wie verlautet, handelt es sich in erster Linie darum, daß die Zuderindustriellen von der Regierung die Aufhebung der Zuderzollfreiheit verlangen werden. — In den letzten Tagen ist nämlich Auslandszuder erheblich billiger angeboten worden als der noch im Besitz der Fabriken befindliche deutsche Zuder.

Das neue amtliche Fernsprechnachbuch des Ober-Bezirks Chemnitz ist erschienen. Für den Bezug der Bücher sind durch die Fernsprechnachbuchverwaltung vom 25. August 1921 einige Neuerungen eingeführt worden, die wir unseren Lesern nachstehend zur Kenntnis bringen. Für jeden Hauptanschlusch und für jeden Nebenanschlusch eines Dritten wird das Buch, in dem das Ortsnetz aufgeführt ist, bei der erstmaligen Uebergabe des Anschlusses unentgeltlich geliefert. Bei späteren Ausfällen ist das neue Buch auf schriftliche Aufforderung innerhalb einer Frist von 14 Tagen gegen Rückgabe des alten Fernsprechnachbuchs bei der in der Aufforderung angegebenen Dienststelle abzuholen. Wird das Buch nicht abgeholt oder wird die Zustellung gewünscht, so wird es gegen eine Gebühr von 1 Mark 50 Pf. ausgiebig eines Teuerungszuschlags (s. S. 100 Prozent) ins Haus gebracht. Wird das alte Buch nicht zurückgegeben, so wird ein Teilteil seines Verkaufspreises in Rechnung gestellt. Weitere Bücher des Bezirks Chemnitz sind bei dem Telegraphenamtmittel Chemnitz käuflich. Sie können auch bei der eigenen Vermittlungsstelle bestellt werden. Diese vermittelt auch den kostenpflichtigen Bezug der amtlichen Fernsprechnachbücher anderer Bezirke oder ausländischer Fernsprechnetze.

Die 1922er Pilgerreise. Welche Mengen von Pilgen täglich aus den Wäldern nach Plauen gebracht werden, davon kann man sich einen Begriff machen, wenn man hört, daß es Leute gibt — und sie sind nicht nur vereinzelt anzutreffen —, die schon seit Wochen ihren Lebensunterhalt durch das Pilzfischen bestreiten. Wochenverdienste von 3000, 4000 und 5000 Mark (!) sollen keine Seltenheit sein. Es gibt Männer und Frauen, die ihre sonstige Arbeit aufgegeben und sich lediglich dem Pilzfischen gewidmet haben. 80, 90 und 100 Pfund — das Tagesgewicht — dann mit 10 Mark verkauft — sind die Tagesleistungen dieser Pilzfischer, die sich bei ihrem Erwerb sehr wohl befinden. Obwohl täglich Hunderte von Pilzfischern hinaus in die Wälder wandern, stehen dort noch Unmengen von ehbaren Pilgen, die infolge des Umstandes, daß die besten Pilze, wie Steinpilze, Maronenröhrlinge, Stachelpilze usw., aber auch wieder nachwachsend, dieses Jahr fast gar nicht oder nur vereinzelt gesammelt werden. Die gesammelten Pilze — auch die in den umliegenden Ortshaften zur Sommerfrische weisenden Personen beteiligen sich eifrig an dem Sammeln — gehen dieses Jahr in die Tausende von Benutzern.

Blasmusik findet morgen am Sonntag um 11 Uhr vorm. auf dem Markte nach dieser Musikfolge statt:

- 1. Florentiner Marsch v. Fucil.
- 2. Ouvertüre: Wenn ich König war v. Adam.
- 3. Zwei Stücke aus Sigurd Jorsalfar v. Grieg
 - 1. Das Nordlandvolk.
 - 2. Königslied.
- 4. Wiener Walz, Walzer v. Nizher.
- 5. Potpourrie aus der Operette Der Vogelhändler v. Heiler.

Schneeberg, 9. September.

Nach Unterschlagung von über 25 000 Mark einfallenden Geldern ist ein bisher in einer Gastwirtschaft in Stellung gewesener 20jähriger Kellner aus Raumburg inhaftig geworden. Die Abrechnung mit dem Wirt und Ueberlieferung des Geldes war infolge Krankheit des Wirtes einige Tage unvollständig, weshalb die Summe so hoch angewachsen war. Diese Gelegenheit hat der Bursche benutzt, mit dem Gelde zu verschwinden.

Schwarzberg, 9. September.

Bezirksleiter Schwanberg. Das Direktorium des Landwirtschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge teilt mit: Die für Sonntag, den 17. September geplante Tierchau für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzberg ist mit Rücksicht auf die rückschreitenden Erntearbeiten auf Sonntag, den 2. September verlegt worden. Es ist beabsichtigt, mit der Schau eine Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, sowie breittägige Obst- und Geflügelausstellungen zu verbinden.

Glauchau, 8. September. Zur Wiedervereinigung der Gläubiger ist hier eine Vereinigung getroffen worden, wonach die Unternehmer Beträge, die sie nicht bar zahlen können, aus ihren Bankguthaben an die Gläubiger Glauchau zur Errichtung eines Kontos überweisen. In Höhe dieser